Individuum, das die Sprengbombe niedergelegt haben könnte, sind völlig widersprechend und bieten nur geringe Anhaltspunkte. Dem „Figaro" zufolge sei unter der Truppe jenes Hauses bis kurz vor 11 Uhr eine Frau gesehen worden, die in einem Korbe einen umfangreichen Gegenstand trug.

Die jetzt so gut wie vollständig vorliegenden Berichte über die italienischen Wahlen bestätigen die Vermuthung, daß das Cabinet Giolitti eine überwiegende Mehrheit von fast 400 der im Ganzen 508 zählenden Abgeordneten der neugewählten Kammer haben wird. Die Verläßlichkeit dieser großen Mehrheit ist allerdings eine offene Frage. Man darf bei der Beurtheilung des Wahlergebnisses nicht übersehen, daß manche Candidaten sich nur deshalb auf den Boden des ministeriellen Programms gestellt haben, um nicht den ganzen Regierungsapparat gegen sich zu haben und auf Monte citorio erst offen Stellung nehmen werden. Der ziffermäßige Erfolg wird Giovanni Giolitti nicht über die Schwierigkeiten täuschen, die er zu bewältigen hat, um das große Werk der Gesundung der italienischen Finanzen durchzuführen. In Betreff der auswärtigen Politik Italiens haben die Wahlen unzweideutig erhärtet, daß die Nothwendigkeit des Verbleibens Italiens im mitteleuropäischen Friedensbunde auf der apenninischen Halbinsel allgemein gewürdigt wird; die Niederlage der „Franzosenfreunde" bei den Wahlen hat, wie folgende Meldung zeigt, in Paris arg verstimmt:

Paris, 8. November. Die hiesige Presse kann nicht anders als feststellen, daß die italienischen Wahlen die rückhaltlose Zustimmung des italienischen Volkes zur Dreibundpolitik bedeuten; sie suchen aber den Werth dieser Kundgebung abzuschwächen, indem sie auf die schwache Betheiligung der Wähler und den heftigen Regierungsdruck hinweisen. „Voloie" sagt grimmig: „Die Wahlen sind entschieden der Erhaltung des Dreibundes günstig, darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Wie viel Candidaten Crispi's oder Giolitti's dabei durchkamen, ist gleichgiltig, alle sind für den Dreibund, und von allen Parteien, die im Wahlkampfe engagirt waren, hat gerade jene die größte Schlappe erlitten, welche sich der Annäherung an Frankreich günstig zeigte. Dieser Fingerzeig ist werthvoll in dem Augenblicke, wo in Frankreich eine Campagne begonnen wird, um Italien die französischen Märkte wieder zu öffnen."

Deutsches Reich.

ss. **Berlin**, 8. November. Als die Entlassung des Fürsten Bismarck in Sicht war, hatte merkwürdiger Weise Herr Eugen Richter die beste Witterung; er gab von der Inventuraufnahme im Reichskanzlerpalais die erste Kunde und wußte auch sonst Manches zu melden, was genau den Thatsachen entsprach, die am 20. März ihren Abschluß fanden. Man wird unwillkürlich daran erinnert, wenn man jetzt in der Zeitung des Herrn Richter die Bemerkung liest, daß die Vertagung der Militairvorlage in der letzten Bundesrathssitzung vielleicht auch andere Gründe habe, als die officiell gemeldeten, daß nämlich einige Mitglieder des Bundesrathes noch nicht mit den Weisungen ihrer Regierung versehen waren. Indessen empfiehlt es sich, etwa auftauchende sensationelle Gerüchte mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Nach unserer Information waren es doch nur Gründe formaler Natur, die den Vertagungsbeschluß herbeiführten. Das schließt aber nicht aus, daß die im Bundesrath bestimmenden formalen Gründe einen sehr materiellen Hintergrund haben, insofern die erwarteten Weisungen deswegen ausgeblieben sein können, weil die Verhandlungen über die Deckungsfrage noch in weiterem Rückstande sind und einzelne Regierungen vielleicht beide Fragen nur im Zusammenhange behandelt wissen wollen. Anders läßt sich ja die Eventualität, daß zur Deckung einfach die Matricularbeiträge herhalten müssen, nicht umgehen, und von mehreren Regierungen glauben wir sicher zu wissen, daß sie eine solche Eventualität als eine — Gefahr betrachten.

△ **Berlin**, 8. November. Gestern fand hier die erste Versammlung norddeutscher Delegirten des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins statt, welche auch von auswärts von Geistlichen und Laien stark besucht war. Dieser Missionsverein ist bekanntlich im Jahre 1884 von Anhängern der liberalen kirchlichen Richtung gegründet worden und hat es sich zur Aufgabe gestellt, zunächst in Japan und China das Christenthum durch Predigt und Schule einzuführen und zu fördern. Zu seinen Gründern gehörten u. A. der verstorbene Professor Lipsius, Pastor Buß in Glarus, Professor Holymann, Professor Pfleiderer und eine Anzahl Berliner Prediger. Protector ist der Großherzog von Sachsen. Der Verein hat bis jetzt sieben Missionare hinausgeschickt, die ihrerseits wieder eine größere Anzahl eingeborener Mitarbeiter gewonnen haben und beschäftigen. Der Bau einer deutsch-evangelischen Kirche in Tokio ist in Angriff genommen, eine große Anzahl von Stationen, Gemeinden und Schulen sind errichtet, unter welch letzteren die evangelisch-theologische Akademie in Tokio obenan steht. Die gestrige Delegirtenversammlung wurde vom Prediger Dr. Arndt eröffnet und geleitet. Es wurde Bericht über die letzte Jahresversammlung des Vereins in Neustadt a. H. erstattet und eine Reihe von inneren Angelegenheiten besprochen. Unter Anderem wurde auch beschlossen, die Frage der Errichtung von Missionsstationen in unseren deutschen Colonien auf die Tagesordnung der nächsten Jahresversammlung zu stellen. Diese findet vom 9. bis 11. October 1893 in Berlin und Potsdam statt. In der Versammlung herrschte ein frischer, hoffnungsfroher und opferfreudiger Geist, und es ist nur zu wünschen, daß immer weitere Kreise sich an diesem segensreichen Werke betheiligen und dem Vereine in immer steigendem Maße Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er in der Lage ist, den wachsenden Ansprüchen und den neu an ihn herantretenden Aufgaben gerecht zu werden.

— Der Kaiser wird, wie die „Allg. M.-Corr." meldet, zur Theilnahme an Jagden des Herrn v. Alvensleben-Neugattersleben am 21. d. M. in Neugattersleben eintreffen.

— Der Kaiser hat, wie die „Volks-Zeitung" mittheilt, das Protectorat über sämmtliche Feuerwehren Preußens übernommen, für 25jährige Dienstzeit ein Kreuz gestiftet und für sonstige Auszeichnungen der Wehr einen Orden in Aussicht gestellt.

— Der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, hat sich eine Fußverletzung zugezogen und kann deshalb an der Landtagseröffnung nicht theilnehmen.

— Der neuernannte Botschafter Oesterreich-Ungarns am hiesigen Hofe v. Szoegyenyi ist zur Uebernahme seines neuen Postens heute Nachmittag in Berlin eingetroffen.

— Nach Meldungen in der Presse soll die Rückberufung des Geh. Legationsraths Lindau aus Konstantinopel als deutscher Delegirter für den Conseil des dettes publiques bevorstehen. Wie aus Italien gemeldet wird, ist eine ähnliche Entschließung in Bezug auf das italienische Mitglied der dettes publiques gefaßt worden.

— Einer parlamentarischen Correspondenz zufolge wird aus der Mitte des Herrenhauses ein Gesetzentwurf zur Regelung der Frage der Stadterweiterungen eingebracht werden. Als Antragsteller wird Herr Adickes-Frankfurt genannt.

— Die „Nationalzeitung" bestätigt, daß das Comptabilitäts-Gesetz nicht erscheinen wird, obgleich es dem Staatsministerium längst vorliegt.

— Nachdem der Reichstag bei einer Wahlprüfung für erwiesen erachtet hat, daß in mehreren Orten während der Wahlhandlung für den Reichstag Vertrauensmänner der sogenannten Arbeiterpartei, welche sich im Wahllocal eingefunden hatten, ohne in dem Wahlbezirk wahlberechtigt zu sein, aus diesem Grunde ausgewiesen worden sind, hat der Minister des Innern die königlichen Regierungs-Präsidenten bezw. den königlichen Ober-Präsidenten von Berlin in einem Runderlaß ersucht, derartigen, mit der Bestimmung über die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung in §. 9 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 nicht zu vereinbarenden Vorkommnissen in Zukunft durch entsprechende Anweisung an die Wahlvorsteher vorzubeugen. Der erwähnte §. 9 gestattet, wie der Minister hervorhebt, die Anwesenheit bei der Wahlhandlung allen wahlberechtigten Deutschen ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem sie angehören.

— In die neue Landtagssession treten nach der jetzt officiell zusammengestellten Fractionsliste die Fractionen in folgender Stärke ein: Conservative 124, Centrum 95, Nationalliberale 84, Freiconservative 64, Freisinnige 28, Polen 15, Wilde 12. Erledigt sind 11 Mandate. — Auch für den Reichstag ist die Fractionsliste erschienen. Sie ergiebt folgende Zahlen: Deutsch-Conservative 66, deutsche Reichspartei 18, Centrum 107, Polen 16, Nationalliberale 42, Deutschfreisinnige 67, Volkspartei 10, Socialdemokraten 36, bei keiner Fraction 30, zusammen 392. Erledigt sind 5 Mandate.

— In der „Kreuzzeitung" vom 4. November d. J. hatte Herr von Diest-Daber geschrieben:

„Professor Felix Dahn hat in einem Vortrage über deutsches Volksleben vor Kurzem den beherzigenswerthen Ausspruch gethan: „Der Schritt muß einmal gemacht werden, der deutsches von jüdischem Wesen trennt. Das würde nicht ohne viel Lärm und Geschrei vor sich gehen; die Genesung aber würde dann schon kommen. Vorher kommt sie nicht!"

Von Herrn Professor Dr. Felix Dahn geht der „Kreuz-Ztg." nunmehr die Mittheilung zu, daß er weder bei jenem Anlaß noch irgend wann sonst dies oder dem Sinne nach Aehnliches gesagt habe.

— Wie die „K. Z." hört, ist Graf zu Limburg-Stirum jetzt endgiltig und ohne Pensionsansprüche in den Ruhestand getreten. Nachdem er im Frühjahr dieses Jahres wegen des bekannten Aufsatzes in der „Kreuzzeitung" vom Disciplinargerichtshof zur Amtsentsetzung verurtheilt worden war, hatte der König ihn auf Vorschlag des Staatsministeriums begnadigt, so daß er nach wie vor als Beamter des Auswärtigen Amtes zur Disposition auf Wartegeld galt. Eine Pensionirung konnte nur infolge dauernder Dienstunfähigkeit oder nach zurückgelegtem 65 Lebensjahre erfolgen. Da beide Voraussetzungen nicht zutreffen, so ist jetzt auf den — etwas spät eingereichten — Antrag des Grafen Limburg-Stirum die Verabschiedung ohne Pension erfolgt.

— Aus Wittenberg erfährt die „Neue Pr. Ztg.", es sei erst jetzt allgemein bekannt geworden, daß auf Befehl des Kaisers die drei Herrscher, welche das Werk eingeleitet und durchgeführt haben, durch drei Repräsentanten vertreten wurden. In dieser Eigenschaft erschienen in dem Zuge die General-Adjutanten der drei Herrscher, und zwar die Generale Graf Lehndorff für den Kaiser Wilhelm I., v. Mischke für den Kaiser Friedrich und Graf Waldersee für den jetzt regierenden Kaiser Wilhelm II. — Die Meldung dürfte nicht ganz richtig sein. Denn es ist nicht abzusehen, wie der Kaiser bei einem Feste, auf dem er in Person anwesend, noch besonders „vertreten" werden sollte.

— In letzter Zeit wurde durch einige Blätter die Nachricht verbreitet, daß eine neue gesetzliche Regelung des Apothekenwesens bevorstehe und danach die neu zu errichtenden Apotheken künftig sämmtlich nur personalberechtigt sein sollten. Gegenüber diesen Alarmnachrichten ist die „Apotheker-Zeitung" in der Lage, auf Grund authentischer Information zu erklären, daß Vorschläge über die Art der Regelung des Apothekenwesens in dem Schreiben des preußischen Cultusministers an den Reichskanzler nicht enthalten sind. Die Angelegenheit ist bis zur Erörterung specieller Vorschläge noch nicht gediehen.

— Die unabhängige Studentenschaft wählte in einer fast vierstündigen Versammlung, die von 600 Commilitonen besucht war, einen neuen Ausschuß, in den nach langem Redekampfe Herr Professor Förster als erstes Mitglied gewählt wurde. Herr Hercher erstattete im Namen des alten Ausschusses den Rechenschaftsbericht, in dem er darlegte, daß die bisherige Agitation durch die Theilnahmslosigkeit der Studentenschaft — es seien ganze 60 ℳ Beiträge eingegangen — lahmgelegt worden sei.

— Die Besichtigung des ehemaligen Landrathsamtes in Wölfingerode hat ergeben, daß das Gebäude dem Zwecke eines Lehrerinnenheims entsprechen würde, doch ist der Bau in einem derartigen Zustande, daß eine tüchtige Erneuerung der Benutzung vorausgehen müßte. Der Cultusminister, sowie der Wirkl. Geh. Rath Dr. Barkhausen begaben sich von dort nach Goslar und besichtigten in Begleitung des Oberpräsidenten Dr. v. Bennigsen die Schulen, darunter auch das Alumnat des Klosters Loccum.

* **Stolp**, 7. November. Für die in Stolp-Lauenburg erforderliche Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause haben auf Vorschlag des zurücktretenden bisherigen Vertreters, v. Below-Saleske, die Vertreter des Deutschen Bauernbundes und der Conservativen den Amtsvorsteher Bauergutsbesitzer Schulz in Horst als Candidaten aufgestellt.

* **Kiel**, 8. November. Der Kaiser besichtigte im Laufe des Nachmittags das Panzerschiff „Woerth", und die Corvette „Kaiserin Augusta", machte dann auf dem „Meteor" eine Fahrt in See und verweilte von 4 bis 5 Uhr an Bord des Flaggschiffs „Baden". Die Rückkehr ins Schloß erfolgte um 5 Uhr, woselbst um 6½ Uhr eine größere Tafel stattfand.

* **Hamburg**, 8. November. Die „Hamb. Nachr." bringen folgende Notiz: Die Wiener „Deutsche Ztg." schreibt in einem Artikel über die Zeitungsberichte betreffs der dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen politischen Aeußerungen der letzten Zeit:

„Tief bedauerlich ist die schwere Schädigung, die das Ansehen der deutschen Reichsregierung im In- und Auslande durch die fortgesetzte, immer rücksichtsloser werdende Kritik seitens des größten deutschen Staatsmannes erleiden muß."

Das Blatt vergißt dabei in beklagenswerther Weise, daß nach amtlicher Veröffentlichung der höchsten Stelle der Reichsregierung „den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Ansichtsäußerungen des Fürsten Bismarck ein actueller Werth nicht beigelegt werden kann."

(Erlaß des Reichskanzlers von Caprivi vom 23. Mai 1890 an sämmtliche kaiserlich deutsche und kgl. preußische Missionen.)

x **Weimar**, 7. November. Heute wurde hier die fünfte ordentliche Synode der evangelischen Landeskirche unseres Großherzogthums eröffnet. Es ist aus der heutigen Sitzung nur zu erwähnen, daß schon vom nächsten Jahre ab der gemeinsame Buß- und Bettag (der Mittwoch vor dem letzten Trinitatissonntag) auch in unserem Großherzogthum eingeführt werden soll. — Der Gemeinderath hat beschlossen, daß diejenigen Feuerwehrleute, welche jetzt nach dem Landesgesetze nur mit zwei Drittheln ihres Einkommens, in maximo aber mit 800 ℳ, gegen Unfälle im Dienste und deren Folgen versichert sind, fortab durch die Stadt nach der vollen Höhe des eingeschätzten Einkommens versichert sein sollen, so daß also die Differenz aus städtischen Mitteln bezahlt wird. Gleichzeitig beschloß man, bei den gesetzgebenden Factoren des Landes dahin zu petitioniren, daß staatlicherseits die volle Vergütung bei Verunglückung von Feuerwehrleuten eingeführt wird.

* **Hannover**, 8. November. In der heutigen Bürgervorsteherwahl blieb der „F. Z." zufolge der Führer der hiesigen Nationalliberalen, Fabrikant Dr. Raydt, mit 114 Stimmen in der Minderheit; sein Gegencandidat, Hauptlehrer Lehzen, erhielt 253 Stimmen.

Detmold, 7. November. Die Neuwahlen zum Lippischen Landtage fanden nach dem üblichen Dreiclassensystem am 3., 4. und 5. November statt. Das Ergebniß derselben ist eine nicht unbedeutende Schwächung der freisinnigen Partei zu Gunsten der Conservativen und der Nationalliberalen, die in den meisten Wahlkreisen zusammengingen. Von den 21 Abgeordneten werden, selbst nach Vollzug von drei noch nothwendigen Stichwahlen, höchstens sieben der freisinnigen Partei angehören.

Bochum, 7. November. Im Verfolg eines Beschlusses der letzten hier abgehaltenen Generalversammlung hat der Verband deutscher Bergleute seinen Namen jetzt umgewandelt in „Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter" und demgemäß seine Thätigkeit auch erweitert. Das Verbandsorgan, das von nun an am Kopf die Bezeichnung trägt: „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", widmet der neuen Organisation einen Leitartikel, in dem in kurzen Abrissen die Geschichte der Einigungsbestrebungen seit dem letzten großen Streik gegeben, auf die deutsche Verwandtschaft der Bergleute und Hüttenarbeiter hingewiesen und nach einer Aufforderung zum Beitritt mit den folgenden Sätzen geschlossen wird: „Mit ihm (dem erweiterten Verband) wird der bisherigen Bewegung eine ganz entschiedene Wendung gegeben. Zwei große Gruppen enz verwandter Industriearbeiter reichen sich die Hand zum Bruderbunde, um gemeinschaftlich dem nimmersatten Moloch des Capitalismus energisch zu Leibe zu rücken und jeder willkürlichen Einschränkung ihrer freien Menschenrechte mit Kraftfülle und Nachdruck entgegen zu treten."

* **Wiesbaden**, 5. November. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gelangte der von dem Stadtverordneten Flindt gestellte und begründete Antrag zur einhelligen Annahme, wonach eine gemischte Commission von 3 Magistrats- und 4 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung zusammentreten soll zur Berathung derjenigen Schritte, die zur Wahrung der städtischen Interessen in der Theater-Dotationsfrage geeignet sind, insbesondere in der Richtung der Erhaltung der königlichen Verwaltung. Aus der interessanten Debatte über den Gegenstand, an der sich Namens des Magistrats Oberbürgermeister Dr. v. Ibell betheiligte, ging hervor, daß man hier auf die Erhaltung des Hoftheaters das größte Gewicht legt und sie auch zu erreichen hofft.

* **Karlsruhe**, 8. November. Geheimer Rath v. Stößer eröffnete um 11 Uhr die außerordentliche Generalsynode. Zum Präsidenten wurde Geheimrath Lamey, zum Vicepräsidenten Prälat Doll gewählt.

* **Aus Württemberg**, 7. November. In Biberach, der alten, durch ihren Sohn Wieland so berühmt gewordenen Reichsstadt Oberschwabens, ist Stadtvorstandswahl. Seit Alters her befinden sich hier die beiden Confessionen fast im Gleichgewicht, und da der letzte Schultheiß Miloli ein Protestant gewesen war, so machten die Protestanten, die etwa 500 unter 950 Wählern zählen, von vornherein das Zugeständniß, daß das neue Stadthaupt ein Katholik sein solle, selbstverständlich ein gemäßigter. Die Ultramontanen aber wollten einen ihrer Farbe haben, einen tüchtigen Verwaltungsmann, der aber bei Reichstagswahlen dem Landrichter Gerber, dem schwäbischen Windthorst, Heeresfolge leistete und das katholische Vereinswesen mit all seiner schroffen Ausschließlichkeit zu fördern gewohnt war. Daß ein solcher Mann für eine gemischte Gemeinde nicht paßt, lag auf der Hand, und die Ultramontanen ließen ihn schließlich auch, als sie das merkten, in unräthselhafter Weise fallen — das Volksblatt schrieb: er habe hochherzig verzichtet! — und rückten mit einem Rechtsanwalt an, der ihnen alle Bürgschaften bot, nur nicht in so ausgeprägter Form, sie fanden auch bei dem Häuflein Biberacher Demokraten und Sozialdemokraten die gewohnte bundesbrüderliche Hilfe. In ganz Oberschwaben sah man mit fieberhafter Spannung auf die alte Reichsstadt, aber sie hielt sich tapfer. Mit 440 gegen 320 Stimmen siegte der von den Protestanten in ihrer großen Mehrheit und von den freigesinnten Katholiken aufgestellte, in gemischter Ehe lebende, amtlich durchaus erprobte Candidat Müller, und es ist in erfreulicher Weise dargethan, daß noch lange nicht Alles von der Donau bis zum Bodensee sich vor dem Ultramontanismus beugt. (K. Z.)

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 9. November. (Telegramm.) Sämmtliche hiesigen Blätter besprechen das neueste Bombenattentat, das von Paris gemeldet ist, in einer für die französische Regierung wenig schmeichelhaften Weise. Die „Presse" schreibt: Das ganz unverantwortlich schmähliche Verhalten des Ministeriums Loubet gegenüber den socialistischen Verhetzungen in Carmaux, die schmähliche Nachgiebigkeit der Regierungsmänner gegenüber den vom socialistischen Streikausschuß gestellten Capitulationsbedingungen und das nicht weniger unverantwortliche Demagogenthum der radicalen Professionspolitiker des Parlaments habe die Früchte gezeitigt, die man erwarten konnte.

— Abgeordnetenhaus. Der Referent für die eingegangenen Petitionen, Proskowy, forderte die Regierung dringend auf, den Bau der Canäle Donau-March-Oder, eventuell Donau-March-Oder-Weichsel, sowie Donau-March-Elbe ungesäumt in Angriff zu nehmen, oder, falls der Bau aus Staatsmitteln undurchführbar sei, alsbald die Initiative zur Durchführung dieser Canalbauten durch Privatcapital zu ergreifen. Ohne diese Canäle würden alle von den Handelsverträgen erhofften Vortheile illusorisch sein.

* **Prag**, 9. November. (Telegramm.) Der Schlossergeselle Dosek, welcher am 28. Mai d. J. auf eine Gesellschaft Deutscher auf offener Straße einen Revolver abschoß, wurde vom Schwurgericht von der Anklage des Mordes freigesprochen, aber wegen Uebertretung des Waffenpatents zu einer Arreststrafe verurtheilt.

* **Olmütz**, 9. November. Die heutige Wahl des Dr. Theodor Kohn zum Erzbischof von Olmütz überraschte allgemein. Die Meldung davon wurde sogar für falsch gehalten, bis sie bestätigt wurde. Die Wahl Kohn's stellt sich als ein Ausweg aus einer Verlegenheit dar. Wegen der nationalen und socialen Gegensätze konnten sich die Domherren über keinen der meist genannten Candidaten einigen, die bekanntlich die Grafen Belcrupt, Potulicki und Dr. Hanel waren. Der neue Erzbischof Kohn genoß als Kanzler des Domcapitels das unbegrenzte Vertrauen des verstorbenen Cardinals Fürstenberg. Er steht im 48. Lebensjahre und ist jüdischer Abstammung. Ob er selbst schon als Katholik geboren oder in frühester Jugend zum Katholicismus übergetreten ist, ist noch unaufgeklärt.

* **Pest**, 9. November. (Telegramm.) Der Minister Wekerle ist nach Wien abgereist; die Reise hat eine Audienz beim Kaiser zum Zweck.

Frankreich.

* **Paris**, 8. November. In dem heute stattgehabten Ministerrathe wurde beschlossen, an Stelle des kürzlich verstorbenen Generalresidenten von Tunis, Massicault, den bisherigen französischen Gesandten in Buenos-Ayres, Charles Rouvier, in Vorschlag zu bringen. — Frau Adam schildert den Lesern der „Figaro"-Beilage aufs Eingehendste, wie der General Skobeleff auf Befehl Bismarck's ermordet worden sei. Wir haben es hier mit einem Chauvinismus zu thun, der bis zu Wahnvorstellungen gesteigert ist. Glücklicherweise scheint sie selbst hier Niemand ernst zu nehmen. Um so eifriger beschäftigt man sich mit den neuesten Kundgebungen des ehemaligen Reichskanzlers. Man hält sich natürlich hauptsächlich an das, was der Fürst gegen das Militairproject vorbringt, und stellt mit großer Befriedigung fest, derselbe gebe nun selbst zu, daß Frankreich friedlich gesonnen sei, so daß nur zu bedauern bleibe, daß er es nicht früher eingesehen habe. — Der französische Deputirte Ferroul hat an den Reichstagsabgeordneten Liebknecht aus Anlaß der Interpellation Millerocques und als Antwort auf ein Schreiben des deutschen Reichstagsabgeordneten, worin derselbe dem französischen Deputirten versicherte, daß er weder in Mannheim, noch anderwärts das zurückgenommen habe, was er auf dem Marseiller Congreß gesagt, ein Schreiben gerichtet, das die

---

die große Glocke der Arbeiterbewegung geläutet. Dort kann man eine Rolle spielen, dort lärmt man in den Versammlungen. In den kleinen Städten hat man nichts für sein Geld, das man in die großen Vereins- und Parteicassen zahlt. Solch ein kleiner Spektakel im Theater ist aber um so angenehmer, als dort kein wachthabender Polizeimann die Versammlung auflöst. Ich vertheile die Billets nicht gerangern, weil die Leute dadurch an's Lärmmachen gewöhnt werden; doch Ihnen zu Liebe, Herr Faber —"

„Besten Dank, Meister! Doch den Maurerpolier müssen Sie mir vorher zuschicken, damit ich ihn genau unterrichte. Ein Mißverständniß wäre sehr fatal; es könnte ja statt einer Teresa die Käthe Blau ausgezischt werden. Es wird schon einer um ersten Rang das Zeichen geben — und der Maurerpolier giebt es auf der Galerie dann weiter an unsere Leute."

„Meinetwegen", versetzte Meister Heinrich. „Das arme Frauenzimmer droben wird gar nicht wissen, woher der Wind bläst. Hoffentlich hält sie ihre Röcke fest . . Volksstimme, Gottesstimme, Haha! Man weiß ja, wie's gemacht wird."

Und Heinrich schied mit biderbem Händedruck von Faber, welcher, die Hände in den Hosentaschen, vergnügt seiner Villa zuschritt, ein lustiges Liedlein trällernd. Er hatte sich als ausgezeichneter Regisseur im Zuschauerraum bewährt und das erhöhte sein behagliches Selbstgefühl. Wehe dem, welcher an die Herrlichkeit und Hoheit des Hauseigenthümers und Rentiers Faber zu rühren oder seinen berechtigten Bestrebungen Widerstand entgegenzusetzen wagt!

(Fortsetzung folgt.)

Ranke und Bismarck.

* In der „Deutschen Revue" theilt Dr. Wiedemann unter der Ueberschrift: „Sechzehn Jahre in der Werkstatt Leopold von Ranke's" einige charakteristische Aeußerungen Ranke's über Bismarck mit. Es heißt da:

Eine große Mißstimmung war aber auch bei Ranke um die Zeit, in der ich eintrat, gegen den eigentlichen Träger des politischen Gedankens im deutschen Reiche und im preußischen Staate, gegen Bismarck, vorhanden. Dieselbe gab sich mir zum ersten Male bei dem Vorlesen des Aufsatzes: „Graf Bismarck und die deutsche Nation" in der Zeitschrift für preußische Geschichts- und Landeskunde, VII. Jahrgang S. 707—762, zu erkennen. (12., 13. Februar 1871.) Indem Ranke dem Verfasser Eigenthümlichkeit und Scharfsinn zuerkannte, fügte er doch die beschränkende Bemerkung hinzu: die anfänglichen Ausführungen seien um vieles bedeutender als die in dem späteren Abschnitt, über dessen Inhalt er ein geradezu geringschätziges Urtheil abgab; zugleich hatte er an der Disposition der Abhandlung mancherlei auszusetzen: „der Mangel einer chronologischen Folge der Ereignisse und der Umstand, daß dieselben Dinge mehrmals berührt würden, erschwerten und verwirrten das Verständniß. An der Dunkelheit der Ausdrucksweise hatte Ranke von vornherein Anstoß genommen. Das Bezeichnende aber war, daß er während des Vorlesens zu wiederholten Malen mit steigendem Unmuth und mit immer lauter werdender Stimme den Vorwurf erhob: der Autor „treibe mit Bismarck Götzendienerei": es kam die Aeußerung vor: dieser „bedeute nur etwas, weil die andern Nullen seien". Den Verfasser, einen der eifrigsten und ergebensten Verehrer Ranke's, den dieser selbst auch schätzte, trafen die angeführten Auslassungen doch wesentlich nur insofern, als darin stilistische Mängel gerügt wurden; eine gewisse Dunkelheit glaubte Ranke auch sonst in dessen Arbeiten wahrzunehmen. Die Hauptsache war offenbar die Aussprache über Bismarck. Mich, der ich frühzeitig, alsbald nach dessen Eintritt in das Ministerium und namentlich seit der Intervention in dem kurhessischen Verfassungsconflict, freilich von der Ferne her im Widerstreit mit Personen, deren Urtheilsfähigkeit in diesen Dingen an sich der meinigen schlechthin überlegen war, eine sehr hohe Meinung von den Qualitäten dieses Staatsmannes gefaßt und mich nachher mit Bewunderung der von ihm gegen Oesterreich geübten Politik durchdrungen hatte, berührten diese unerwarteten Expectorationen, während deren Ranke mehr und mehr in eine ärgerliche, verdrießliche und mißmuthige Stimmung gerieth, in dem damaligen Augenblick auf das Peinlichste, zumal ich nicht anders als sehr gute Informationen und gründliche Orientirung über die politischen Verhältnisse bei ihm voraussetzen durfte. Man muß sich gegenwärtig halten, daß die großen Erfolge gegen Frankreich nicht allein errungen, sondern bereits zu vorläufiger Consolidirung gelangt waren; schon hatte die Proclamation König Wilhelm's I. zum deutschen Kaiser im Schloß zu Versailles und die Capitulation von Paris stattgefunden. Indem Alles der Freude und dem Jubel darüber sich hingab, war es mir, der ich durchaus und nahezu überwältigt unter diesem Eindruck stand, unbegreiflich, wie Jemand, dem an Preußens und Deutschlands Wohlfahrt wahrhaft gelegen war, sich der Anerkennung der Verdienste Bismarck's in dem Grade entziehen könne, wie es bei Ranke stattfand, der sich von jedem Lob der politischen Wirksamkeit desselben völlig fern hielt. Dies befremdete mich um so mehr, als er gleichzeitig damit beschäftigt war, dem weltbistorischen Ereigniß seinen literarischen Tribut darzubringen. Aufklärung gewann ich erst, als er zuletzt von „Bismarck's schlechtester That" sprach, „die man rühme". Nach der eben vollendeten Lectüre der Abhandlung konnte die Beziehung dieser Worte nicht zweifelhaft sein. Ranke war mit Andern der Meinung gewesen, daß die luxemburgische Verwickelung im Frühjahr 1867 zum Anlaß einer Kriegseröffnung gegen Frankreich gemacht werden müsse. Bei dieser Ansicht verblieb er und betrachtete das damalige Verhalten Bismarck's, der es durch seinen Einspruch nicht dazu hatte kommen lassen, auch jetzt noch als einen argen Mißgriff. Es leuchtete nur zwar ein, daß hierdurch bei der außerordentlichen Tragweite des Moments Ranke's Beurtheilung des leitenden Staatsmannes überhaupt in ungünstigem Sinne bestimmt werden mußte; zugleich aber deuteten doch die Gereiztheit und Heftigkeit, die sich gegen seine sonstige Gewohnheit zeigten, die schroffe Form, in die er seinen Tadel kleidete, darauf hin, daß noch andere Differenzen zwischen ihnen obwalteten. Diese Vermuthung bestätigte sich alsbald. Die Mißstimmung Ranke's gegen Bismarck war eine andauernde und bekundete sich später bei vielen Gelegenheiten. Allmälig stellte sich heraus, daß die Motive derselben theils sachlicher Natur waren, die aus seinem Widerwillen gegen die dem Liberalismus zugewandte Haltung der Regierung entsprangen; theils persönliche, insofern es ihn verdroß, daß Männer, die ihm seit lange befreundet waren, sich zurückgesetzt, von wichtigen Stellungen entfernt und ihres bisherigen Einflusses beraubt sahen. Die streng conservative und in jener Zeit oppositionelle Majorität des Herrenhauses unterhielt mit ihm Fühlung, besonders auch in Betreff der Kreisordnung während des Herbstes 1872, in welcher Angelegenheit sie seinen Beirath in Anspruch nahm. Ranke erkannte die Nothwendigkeit, mit Rücksicht auf das Verhältniß zum deutschen Reich die Regierung, auch im preußischen Staat, liberal zu führen; er sah auch voraus, daß ein Correctiv der von ihm für falsch erachteten Intentionen aus den Umständen selbst hervorgehen würde; aber nichts desto weniger war ihm jede in liberaler Tendenz getroffene Maßregel höchlichst zuwider.

Bei Gelegenheit der Umarbeitung der preußischen Geschichte, die eben in diese Zeit fiel, veranlaßte ich Ranke durch eine Einrede, die ich machte, freilich nicht eben in dieser Absicht, zu einer auf Bismarck bezüglichen, zwar kurzen, aber doch vielleicht charakteristischen Bemerkung. Es kam die Namhaftmachung der Adelsgeschlechter, die sich dem Kurfürsten Joachim I. entgegengesetzt hatten, in Erwägung, darunter befanden sich auch die Bismarck's. Ich äußerte, daß die Anführung seiner Familie, dem Fürsten, der mit den Vertretern der eingeborenen adeligen Geschlechter im Kampfe stand und gegen ihre Opposition die Autorität der Krone anrief, unlieb sein werde. „Da kennen Sie," entgegnete Ranke, „Bismarck schlecht; der freut sich, wenn er erfährt, daß schon seine Vorfahren obstinat gewesen sind."

SLUB
Wir führen Wissen.